

Sandra Mitchell¹

Menschenrechte im Kosovo

Januar bis Dezember 1999

Einführung

Menschenrechtsverletzungen waren sowohl Ursache als auch Folge des Konflikts im Kosovo. Zu den Leitprinzipien der OSZE gehören die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit als zentrale Bestandteile von Sicherheit. Über genau diese Prinzipien setzten sich jugoslawische und serbische Sicherheitskräfte² in den ersten sechs Monaten des Jahres 1999 hinweg. Eskalierende Menschenrechtsverletzungen im Kosovo hatten den völligen Zusammenbruch von Sicherheit zur Folge, der wiederum eine menschenrechtliche und humanitäre Katastrophe mit massivsten Menschenrechtsverletzungen auslöste. Die Luftangriffe der NATO, die am 24. März 1999 aufgenommen und Anfang Juni 1999 beendet wurden, vertrieben die jugoslawischen und serbischen Sicherheitskräfte aus dem Kosovo. Während des elf Wochen dauernden Krieges wurden schätzungsweise 90 Prozent der mehr als 1,45 Millionen Kosovo-Albaner auf brutale Weise gezwungen ihre Heimat zu verlassen und in Nachbarländer zu fliehen, was zur schlimmsten humanitären Krise in Europa seit über 50 Jahren geführt hat.

Nur mit dem Tempo ihrer erzwungenen Vertreibung vergleichbar fluteten über 800.000 Kosovo-albanische Flüchtlinge unmittelbar nach Beendigung des Krieges und dem Rückzug der jugoslawischen und serbischen Kräfte ins Kosovo zurück. Bei ihrer Rückkehr fanden viele Flüchtlinge ihre Dörfer, Häuser und Gemeinden völlig zerstört vor. Überall im Kosovo waren Dörfer, deren Bewohner als Sympathisanten der inzwischen entmilitarisierten Kosovo-Befreiungsarmee (*Ushtria Clirimtare E Kosoves*, UCK) galten, von den jugoslawischen und serbischen Truppen systematisch geräumt und zerstört worden. Diejenigen, die ins Kosovo zurückkehrten, wurden oftmals weiter

-
- 1 Sandra Mitchell war von Dezember 1998 bis April 2000 Leiterin der Abteilung für Menschenrechte in der Kosovo-Verifizierungsmission der OSZE, der *OSCE Task Forces* für das Kosovo und der OSZE-Mission im Kosovo. Die vorliegende Zusammenfassung beruht auf Berichten und persönlichen Aufzeichnungen sowie auf dem zweibändigen Bericht über die Befunde der Menschenrechtsmissionen, die im Dezember 1999 von der OSZE unter dem Titel "As Seen - As Told Parts I and II" veröffentlicht wurden. Der vorliegende Beitrag basiert weitgehend auf den beiden letztgenannten Berichten, die in voller Länge auf der Website der OSZE, <http://www.osce.org>, zugänglich sind.
 - 2 Dieser Begriff bezeichnet im Folgenden im weiteren Sinne die jugoslawischen Streitkräfte (*Vojska Jugoslavije*, VJ), das Innenministerium und dessen Sondereinheiten (*Ministarstvo Unutrasnjih Poslava*, MUP), den Staatssicherheitsdienst (*Sluzba Drzavne Bezbednosti*, SDB) sowie im Kosovo aktive paramilitärische Gruppen. Eine detailliertere Beschreibung der unterschiedlichen Kräfte findet sich in: As Seen - As Told Part I, a.a.O. (Anm. 1), S. 21-30.

vertrieben in überfüllte und nur unzureichend darauf vorbereitete Städte. In Peć, einer Stadt, die Ende des Krieges zu 55 Prozent zerstört und fast menschenleer war, schwoll die Einwohnerzahl innerhalb weniger Wochen auf über 102.800 Menschen an und überstieg damit die geschätzten Zahlen von vor dem Krieg um 30 Prozent.³ Mit der Rückkehr der Kosovo-Albaner setzte die Flucht der Minderheitengemeinschaften aus der Provinz ein, insbesondere der Kosovo-Serben und der Roma, die vor Rache- und Vergeltungsakten flohen.

Waren die ersten sechs Monate des Jahres 1999 im Kosovo geprägt von schweren und grausamen Menschenrechtsverletzungen, die von jugoslawischen und serbischen Sicherheitskräften an der ethnischen Mehrheit begangen wurden, so standen die letzten sechs Monate des Jahres 1999 im Zeichen schrecklicher Menschenrechtsverletzungen, die nun, wenn auch in geringerem Umfang, von zurückkehrenden Kosovo-Albanern an ethnischen Minderheiten verübt wurden - in Anwesenheit internationaler Friedenstruppen. Inmitten dieser Ereignisse entsandte die OSZE die größte Menschenrechtsmission, die sie jemals hatte, in das Kosovo. Im vorliegenden Beitrag soll versucht werden, den über 750 Seiten starken Menschenrechtsbericht, den die OSZE bereits im Dezember 1999 veröffentlicht hat, noch einmal zusammenzufassen. Es folgt zunächst eine kurze Beschreibung der verschiedenen Menschenrechtsmissionen, die im Laufe des Jahres 1999 ins Kosovo entsandt wurden, der sich ein Überblick über die von der Menschenrechtsabteilung der Mission vor Ort angewandten Methoden und Praktiken anschließt. Vor diesem Hintergrund soll dann die Menschenrechtssituation im Kosovo zwischen Januar und Dezember 1999 zusammenfassend dargestellt werden.

OSZE-Menschenrechtsmissionen im Kosovo

Zwischen Januar und Dezember 1999 unterhielt die OSZE drei Menschenrechtsmissionen im Kosovo. Die Kosovo-Verifizierungsmission der OSZE (OSZE-KVM)⁴ überprüfte zwischen November 1998 und März 1999 Menschenrechtsverletzungen und Verletzungen des humanitären Völkerrechts im Kosovo. In diesem Zeitraum wuchs die KVM auf über 1.350 internationale Mitarbeiter an, von denen rund 75 der Abteilung für Menschenrechte angehörten. Die KVM agierte im Umfeld eines bewaffneten Konflikts und wurde angesichts der sich rapide verschlechternden Sicherheitslage am 20. März aus dem Kosovo zurückgezogen. Vier Tage später, am 24. März 1999, begannen

3 Vgl. As Seen - As Told Part II, a.a.O. (Anm. 1), S. 47.

4 Die Kosovo-Verifizierungsmission der OSZE (OSZE-KVM) wurde mit dem "Abkommen über die Kosovo-Verifizierungsmission der OSZE", das am 16. Oktober 1998 zwischen der OSZE und der Bundesrepublik Jugoslawien (BRJ) geschlossen worden war, ins Leben gerufen. Gemäß diesem Abkommen hatte die OSZE-KVM die Aufgabe, die Einhaltung der Resolution 1199 des VN-Sicherheitsrates und des Waffenstillstands durch alle Konfliktparteien im Kosovo zu überwachen. Die Menschenrechtsabteilung der OSZE-KVM war von Dezember 1998 bis Juni 1999 im Einsatz.

die Luftangriffe der NATO gegen Serbien. Nach dem Rückzug der KVM wurde die Mission von über 1.350 auf rund 350 internationale Mitarbeiter reduziert. Die verbliebenen 350 internationalen Mitarbeiter wurden in *OSCE Task Forces* in Albanien und in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien eingesetzt, um dort bei den humanitären Bemühungen zu helfen und die Dokumentation der anhaltenden Menschenrechtsverletzungen im Kosovo fortzuführen. In dieser Zeit verdoppelte sich die Menschenrechtsabteilung auf mehr als 150 Mitarbeiter. In den beiden Phasen ihres Einsatzes sammelte die Menschenrechtsabteilung der OSZE-KVM Unmengen von Daten zur Menschenrechtslage im Kosovo. Dazu gehörten Hunderte von Einzelfall-, Tages- und Wochenberichten, die von den Mitarbeitern der Abteilung zusammengestellt und alle beim Rückzug der Mission mitgenommen worden waren.

Während der humanitären Krise waren die Mitarbeiter der Menschenrechtsabteilung der OSZE-KVM in den Flüchtlingslagern in Albanien und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien im Einsatz und trugen unter den Flüchtlingen knapp 2.800 Berichte von Opfern und Augenzeugen von Menschenrechtsverletzungen und Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht zusammen. Die Schnelligkeit, mit der die OSZE ihr Menschenrechtspersonal zum Einsatz brachte, gestattete es ihr, umfassende Informationen aus erster Hand über die schweren Menschenrechtsverletzungen zu erhalten, die während der NATO-Luftangriffe von jugoslawischen und serbischen Kräften im Kosovo verübt wurden. Nach Beendigung des Konflikts schickte die OSZE die Mitarbeiter der Abteilung für Menschenrechte umgehend ins Kosovo zurück,⁵ diesmal als die für die Überwachung der Menschenrechte verantwortliche Komponente im Rahmen der Mission der Vereinten Nationen (UNMIK). Als Ende Juni 1999 die Flüchtlinge zurückkehrten, war die neu gebildete OSZE-Mission im Kosovo (OSZE-MIK) flächendeckend vertreten. Nach der von der Menschenrechtsabteilung der OSZE-MIK zusam-

5 Der dritte der den Menschenrechten geltenden Einsätze vor Ort im Kosovo wurde durch Beschluss Nr. 305 des Ständigen Rates der OSZE am 1. Juli 1999 ins Leben gerufen, nachdem die Kosovo-Verifizierungsmission am 9. Juni 1999 aufgelöst worden war. Der Beschluss Nr. 305 des Ständigen Rates legte fest, dass die OSZE als eigene Komponente bzw. eigenständiger Pfeiler innerhalb des Gesamtrahmens der Übergangsverwaltungsmission der VN im Kosovo (UNMIK) ihre Rechtsbefugnisse aus der Resolution 1244 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen aus dem Jahre 1999 herleitet. Ungeachtet der Umwandlung der OSZE-KVM in die OSZE-MIK blieb die der OSZE zugeschriebene Menschenrechtskomponente im Verlaufe des Jahres 1999 im Wesentlichen unverändert. OSZE-MIK übernahm die Federführung bei allem, was in die Bereiche Institutionenaufbau, Demokratisierung und Überwachung, Schutz und Förderung der Menschenrechte fällt. Das Mandat der OSZE-MIK im Bereich Menschenrechte schließt "den ungehinderten Zugang zu allen Teilen des Kosovo ein, um Verstöße gegen die Menschenrechte zu untersuchen und um sicherzustellen, dass Anliegen im Zusammenhang mit dem Schutz und der Förderung der Menschenrechte im Rahmen der Gesamttätigkeit der Mission behandelt werden können", ein (eigene Übersetzung). Siehe auch den Bericht des VN-Generalsekretärs über die Übergangsverwaltungsmission der Vereinten Nationen im Kosovo, Report of the Secretary-General on the United Nations Interim Administration Mission in Kosovo, S/1999/779, 12. Juli 1999.

mengestellten Dokumentation waren die letzten sechs Monate des Jahres 1999 im Kosovo geprägt von Racheakten gegen Minderheiten und mutmaßliche Kollaborateure. Leider wurden solche Racheakte trotz der Anwesenheit der fast 35.000 Mann starken NATO-Friedenstruppen und Tausender internationaler Beamter in einem Klima der Gesetz- und Straflosigkeit verübt.

Die Veröffentlichung der Analyse der Menschenrechtsbefunde der OSZE-Missionen im Kosovo

Am 6. Dezember 1999 veröffentlichte die OSZE einen zweibändigen Menschenrechtsbericht, der die Menschenrechtsverletzungen der vorausgegangenen zwölf Monate im Kosovo ausführlich dokumentierte. Damit publizierte die OSZE die Menschenrechtsbefunde einer ihrer Missionen erstmals in einem solchen Umfang. Der erste Band enthält unter dem Titel "*As Seen, As Told*" eine Analyse der Erkenntnisse der OSZE-KVM und deckt den Zeitraum von Oktober 1998 bis zum 9. Juni 1999 ab, dem Tag, an dem die KVM offiziell aufgelöst wurde. Der zweite Band, "*As Seen, As Told Part II*", dokumentiert den Zeitraum vom 14. Juni bis zum 31. Oktober 1999. Dieser zweite Band entstand unter Vor-Ort-Bedingungen und sollte den Bericht der OSZE-KVM ergänzen, der mit Unterstützung des OSZE-Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte in Warschau vorbereitet worden war. Die beiden Bände haben zusammen einen Umfang von mehr als 750 Seiten und geben einen umfassenden Einblick in die tragischen Geschehnisse, die sich im Laufe des Jahres 1999 im Kosovo ereignet haben. Der Leser sei ermutigt, sich den zweibändigen Bericht im Detail anzusehen, um die furchtbare Menschenrechtssituation, die im Kosovo während des ganzen Jahres 1999 herrschte, und die Herausforderungen, die noch bevorstanden, besser begreifen zu können.⁶

Standards und Methoden der Überwachung der Menschenrechte

Die den Menschenrechten geltenden Vor-Ort-Einsätze der OSZE im Kosovo bedienen sich bei der Beobachtung, Dokumentation und Untersuchung von Anschuldigungen in Bezug auf Menschenrechtsverletzungen internationaler und nationaler Menschenrechtsstandards und Standards des humanitären Völkerrechts.⁷ Das von der Abteilung für Menschenrechte angewandte Ver-

6 Beide Berichte können in vollem Umfang auf der Website der OSZE, <http://www.osce.org>, eingesehen werden.

7 Zu den angewandten Standards und Abkommen gehören: Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe; Konvention über die Beseitigung aller Formen von Diskriminierung gegenüber Frauen; Übereinkommen über die Rechte des Kindes; Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung; Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte; Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte; Gen-

fahren umfasst die vollständige Dokumentation, Sicherheitsprotokolle und ein zentralisiertes Berichtsverfahren bei strengster Vertraulichkeit und Unabhängigkeit in den Ermittlungen. Die schiere Zahl der im Laufe des Jahres 1999 der OSZE angezeigten Menschenrechtsverletzungen belief sich auf nahezu 5.000, so dass gründliche Nachforschungen in jedem einzelnen Fall unmöglich waren. Somit wurde die genaue Dokumentation zu einer der wichtigsten Komponenten der Abteilung. Für die Berichte über die einzelnen Vorfälle, Aussagen von Opfern und Zeugen sowie für Vermisstenmeldungen wurden einheitliche Formulare benutzt und eine einschlägige Datenbank aufgebaut. Zur Klassifizierung wurden rund 30 Kategorien möglicher Menschenrechtsverletzungen gebildet. Diese betrafen sowohl bürgerliche als auch politische Rechte sowie ökonomische, soziale und kulturelle Rechte. Beschwerden und Berichte von Augenzeugen oder Opfern mutmaßlicher Menschenrechtsverletzungen hatten Vorrang. Mitarbeiter der Abteilung für Menschenrechte suchten nach zusätzlichen Belegen aus verschiedenen Quellen, darunter Gesundheitsbehörden, bestätigende Aussagen anderer Zeugen usw. Es wurden Videos von Tatorten, Mordschauplätzen und Massengräbern aufgenommen. Mitarbeiter der Abteilung für Menschenrechte beobachteten (und beobachten weiterhin) offizielle Ermittlungen.

Für die Menschenrechtsabteilung der OSZE-KVM war es extrem schwierig, während des bewaffneten Konflikts und der humanitären Krise eine langfristige Strategie zu entwerfen. Stattdessen ermittelte sie zentrale Aufgaben und Prioritäten im Bereich der Menschenrechte. Dazu gehörte es, das Verhalten von Streitkräften, Polizei und Untersuchungsrichtern zu beobachten und zu dokumentieren, Anschuldigungen hinsichtlich Verletzungen des humanitären Völkerrechts nachzugehen und zu dokumentieren (dies erhielt umso größere Priorität, nachdem Ermittlern des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien die Einreise ins Kosovo verweigert worden war) und bei den jugoslawischen und serbischen Sicherheitskräften sowie der UCK in Einzelfällen zu intervenieren. In der Frage, welchen Anschuldigungen in Bezug auf Menschenrechtsverletzungen vorrangig nachgegangen werden sollte, konzentrierte sich die Menschenrechtsabteilung in erster Linie auf das Recht auf Leben, das Recht auf Freiheit, Rechte im Zusammenhang mit Haftbedingungen und fairen Gerichtsverfahren sowie auf Vermisstenmeldungen. Bei der Sammlung von Informationen in Flüchtlingslagern konzentrierten sich die für die Menschenrechtsabteilung arbeitenden Missionsmitglieder auf die

fer Abkommen und Zusatzprotokolle zu den Genfer Abkommen (allesamt Abkommen und Protokolle der VN, die die Bundesrepublik Jugoslawien ratifiziert hat); des Weiteren die Standards und Verpflichtungen der Helsinki-Schlussakte und der Charta von Paris für ein neues Europa sowie anwendbares Recht. Obwohl einige dieser Standards rein technisch betrachtet vielleicht nur für einen Staat verbindlich sind, der das entsprechende Abkommen oder Protokoll ratifiziert hat, werden sie von der Menschenrechtsabteilung der OSZE-Mission zur Überwachung derjenigen herangezogen, die ein gewisses Maß an "effektiver Kontrolle" über irgendeinen Teil des Kosovo ausüben oder sich als staatliche Behörden ausgeben und der Bevölkerung öffentliche Dienste anbieten oder von ihr Fügsamkeit verlangen.

Schilderungen von Opfern und Augenzeugen von Menschenrechtsverletzungen und Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht. In den Lagern war man darum bemüht, Informationen von Angehörigen beiderlei Geschlechts, aller Altersgruppen (mit Ausnahme von Kindern, da das Personal vor Ort nicht entsprechend ausgebildet war) und verschiedener sozialer Gruppen unterschiedlicher geographischer Herkunft einzuholen.

Die Prioritäten bei den Aufgaben im Menschenrechtsbereich verschoben sich mit Beginn der Wiederaufbauphase nach der Beendigung des Konflikts im Juni 1999. Vorrang hatten nun die Behandlung der Rückkehrer und von Minderheiten, das Verhalten selbst ernannter Behörden, Diskriminierungen beim Zugang zu lebensnotwendigen Dienstleistungen und bei der Arbeitsplatzvergabe sowie die Erfassung von Gräbern, die von zuvor begangenen Menschenrechtsverletzungen zeugen. Was die Minderheiten anbelangte, arbeitete die OSZE eng mit dem Büro des Hohen Kommissars für Flüchtlinge der Vereinten Nationen (UNHCR), den NATO-KFOR-Truppen sowie den anderen Teilen der UNMIK zusammen. Informationen über Massengräber und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht wurden an das Staatsanwaltsbüro des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien (IStGJ) weitergeleitet. Die Koordination und Zusammenarbeit zwischen internationalen und nichtstaatlichen Organisationen verliefen im Menschenrechtsbereich im Kosovo 1999 im Vergleich zu früheren Erfahrungen in Bosnien und Herzegowina erheblich besser.

Nach diesem Abriss über die Verfahren, derer sich die OSZE zur Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen bedient, soll im Folgenden ein grober Überblick über die menschenrechtliche Katastrophe, die das Kosovo im Jahre 1999 heimgesucht hat, gegeben werden.

Januar bis März 1999

Die Bedingungen vor Ort in den ersten drei Monaten des Jahres 1999 spiegelten den Stand des dort herrschenden bewaffneten Konflikts wider. Zur Zeit des Aufenthalts der OSZE-KVM war das Kosovo Schauplatz eines - wenn auch zeitweise unterdrückten - Krieges. Die jugoslawischen Streitkräfte besetzten die Provinz mit Panzern und schwerem Kriegsgeschütz. Jugoslawische und serbische Sicherheitskräfte schränkten die Bewegungsfreiheit der Zivilbevölkerung ein und von Zeit zu Zeit brachen Kämpfe mit der UCK aus. Klagen über Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht betrafen in der Mehrzahl: das Töten von Menschen ohne Gerichtsverfahren, Massenhinrichtungen, das Verschwinden von Menschen bzw. Entführungen, das Gefangenhalten von Menschen an geheimen Orten, Verstöße von Polizei und Sicherheitskräften, die unverhältnismäßige Anwendung von Gewalt gegen die Zivilbevölkerung, die Zerstörung des Eigentums von Zivilisten, Plünderungen, ungesetzliche Enteignungen sowie Einschrän-

kungen der Bewegungsfreiheit der Kosovo-Albaner. Die OSZE-KVM überprüfte zwar Menschenrechtsverletzungen; ihre Möglichkeiten, darüber Bericht zu erstatten und dagegen einzuschreiten, waren jedoch zunächst aufgrund des Personalmangels und später infolge der Eskalation der Militäraktionen, die letztendlich zum Rückzug der Mission am 20. März 1999 führte, stark eingeschränkt.⁸

Über die willkürliche Tötung unbewaffneter Zivilisten gab es in den ersten drei Monaten des Jahres 1999 viele Berichte. Serbische Sicherheitskräfte töteten Kosovo-Albaner, die UCK tötete Serben sowie Kosovo-Albaner, die sie für "Kollaborateure" oder Sympathisanten der serbischen Führung hielten. Trotz einer Serie schrecklicher Massaker in Račak, Rogovo und Rakovina im Januar und Februar 1999 war das Töten einzelner Menschen die häufigere Erscheinungsform. Im Nachhinein betrachtet waren die Massaker eher erste Anzeichen dessen, was in der Zeit von Ende März bis Anfang Juni folgen sollte. Die OSZE-KVM befasste sich mit zahlreichen Tötungsdelikten an Einzelpersonen, die mit der Sicherheitskrise in Verbindung zu stehen oder einem bestimmten Muster zu folgen schienen, ohne jedoch der einen oder der anderen Partei zugeordnet werden zu können. Diese häufigen Vorfälle erhöhten die Angst und die Spannungen in allen Ortschaften. Von der OSZE-KVM nachgewiesene Ereignisse und Fakten belegten willkürliche Verhaftungen, Hinrichtungen ohne Gerichtsverfahren und die Verstümmelung unbewaffneter Zivilisten durch jugoslawische und serbische Sicherheitskräfte.⁹ Am 15. Januar 1999 zeigte sich in Račak, einem kleinen Dorf 30 Kilometer von der Provinzhauptstadt Priština entfernt, wie schwerwiegend die Verschlechterung der Menschenrechtssituation im Kosovo war. An jenem Tag wurden 45 Kosovo-albanische Zivilisten getötet, darunter eine 18-jährige Frau und ein zwölf Jahre altes Kind. Das Massaker von Račak führte zu einem internationalen Aufschrei. Es wurde als Wendepunkt in den Bemühungen um eine friedliche Lösung des Konflikts im Kosovo betrachtet, da die internationale Gemeinschaft erkannte, dass Menschenrechtsverletzungen den Kern des Konflikts ausmachten. Das Büro des Staatsanwalts des IStGJ wurde vom Missionsleiter der OSZE-KVM, Botschafter William Walker, um die Untersuchung des Vorfalls angerufen. Als die Chefanklägerin des Strafgerichtshofes zur Tatortbesichtigung ins Kosovo reisen wollte, wurde ihr von den Belgrader Behörden die Einreise verweigert. In Abwesenheit des IStGJ fertigten Mitarbeiter der Menschenrechtsabteilung der OSZE-KVM eine Dokumentation vom Schauplatz des Verbrechens an, holten Aussagen von Überlebenden und Zeugen ein und bemühten sich um die Aufbewahrung gerichtsmedizinischer Beweise bis zur Anreise eines finnischen Expertenteams.

8 Vgl. ODIHR, Report on Human Rights Tasks of the KVM - The First 60 Days of the Mission (16 Oct.-15 Dec. 1998), Warschau, 7. Januar 1999.

9 Vgl. As Seen, As Told Part I, a.a.O. (Anm. 1), S. 353; OSCE-KVM/HQ, Sonderbericht "Massacre of Civilians in Racak", 17. Januar 1999.

Die Morde von Račak und die Zeit danach hatten insofern erhebliche Auswirkungen auf die OSZE-Mission, als sie Menschenrechtsverletzungen mit Nachdruck ins Rampenlicht rückten und damit eine Verschiebung des Schwerpunkts innerhalb der Mission auf die Abteilung für Menschenrechte notwendig machten. Es ist immer noch nicht möglich, endgültig und definitiv zu sagen, was am 15. Januar 1999 in Račak tatsächlich geschehen ist. Der Fall wird vom Büro des Staatsanwalts des IStGJ untersucht, der höchste Vertreter der Bundesrepublik Jugoslawien (BRJ), darunter Slobodan Milošević, der Anweisung, Anstiftung oder Unterstützung der Streitkräfte der BRJ zur Verübung eines Massenmords in Račak angeklagt hat.¹⁰

Im selben Zeitraum wurden willkürliche Festnahmen und Inhaftierungen sowie die Missachtung des Rechts auf eine faire Gerichtsverhandlung durch die serbisch kontrollierte Justiz in zunehmendem Maße systematisch praktiziert, was häufig zur Unterdrückung der bürgerlichen und politischen Rechte der Kosovo-Albaner führte. Die OSZE-KVM erhielt von Beginn ihres Einsatzes an zahlreiche Klagen über Folter und Misshandlungen. Viele dieser Anschuldigungen wurden durch medizinische Befunde und Beweise aus erster Hand bestätigt. Es existiert umfangreiches Fotomaterial, das in Polizeigewahrsam erlittene Wunden und Prellungen festhält.¹¹ Gewalt war offenbar ein wesentliches Element der Behandlung von Menschen, die sich in Haft oder Untersuchungshaft befanden, und wurde generell als Mittel zur Verdeutlichung der Macht der Polizei über Gefängnisinsassen angewandt. Gewalt wurde auch angewandt, um "Geständnisse" krimineller und "terroristischer" Handlungen, die Unterzeichnung von Schuldanerkennnissen, die Preisgabe der Namen anderer Verdächtiger oder das Versprechen zur künftigen Zusammenarbeit zu erpressen.

Systematische und wiederholte Misshandlungen nahmen nach dem Rückzug der OSZE-KVM und dem Beginn der NATO-Luftangriffe noch zu, die Befugnisse der Polizei wurden durch Änderungen der Gesetzgebung für Kriegzeiten durch Belgrad noch ausgeweitet. Während der Luftangriffe benutzten jugoslawische und serbische Sicherheitskräfte verschiedene Gebäude im gesamten Kosovo als provisorische Gefängnisse. Berichte über Folter und Misshandlungen in solchen Gefängnissen gibt es in großer Zahl. Angeblich haben abrückende serbische Streitkräfte mehr als 1.900 Gefangene mitgenommen und auf Gefängnisse in ganz Serbien verteilt. Nach der Freilassung einiger der Gefangenen enthüllte eine vom Internationalen Komitee vom Roten Kreuz durchgeführte Gefangenenzählung, dass Ende 1999 noch ca. 1.800 Kosovo-Albaner in serbischen Gefängnissen festgehalten wurden. Die Haftbedingungen in Serbien selbst geben Anlass zu größter Sorge; die Berichte über Misshandlungen und unzureichende Versorgung sind zahlreich. Dieses Thema ist noch immer eines der schmerzhaftesten und seelisch belas-

10 Vgl. As Seen, As Told Part I, a.a.O. (Anm. 1), S. 355.

11 Vgl. ebenda, S. 46-47.

tendsten für die Familien der Gefangenen und Vermissten, aber auch für die internationalen Vertreter, die um deren Freilassung kämpfen.

Eine weitere vorrangige Aufgabe der OSZE-KVM während ihres Einsatzes im Kosovo war die Beobachtung von Gerichtsverhandlungen. Verfahren gegen Personen, denen die Anklage "terroristische" oder "subversive Handlungen" vorwarf, waren beileibe kein neues Phänomen im Kosovo. Derartige Prozesse gibt es seit über zehn Jahren. Die Anwesenheit der OSZE-KVM und anderer internationaler Beobachter¹² im Gerichtssaal hatte einige positive Auswirkungen. Nach Angaben einiger Gefangener und von deren Familienangehörigen sorgte die Anwesenheit eines internationalen Beobachters dafür, dass sie weniger geschlagen wurden, und ermöglichte dem Gefangenen den Zugang zu - wenn auch begrenztem - Rechtsbeistand. Erkenntnisse der OSZE-KVM weisen jedoch darauf hin, dass eine große Zahl von Angeklagten in Prozessen verurteilt wurde, die den internationalen Standards für faire Gerichtsverhandlungen in keiner Weise entsprachen. Konkrete Beweise waren in Fällen von "Terrorismus" eher die Ausnahme, und wenn es sie gab, waren es meist nur Indizienbeweise. Schuldsprüche beruhten in der Regel auf "Geständnissen", die die Angeklagten auch kaum unter Hinweis darauf, dass sie unter Zwang oder Folter abgegeben worden waren, widerrufen konnten. Die Verhandlungen wurden in serbischer Sprache geführt, häufig ohne für die Angeklagten ins Albanische übersetzt zu werden. Bei den meisten der Prozesse, die von der OSZE-KVM beobachtet wurden, hielten sich auffällig viele bewaffnete Polizisten im Gerichtssaal und im Gerichtsgebäude auf. In dieser Phase und während der Luftangriffe waren vor allem junge männliche Kosovo-Albaner im wehrfähigen Alter der Gefahr ausgesetzt, getötet, willkürlich verhaftet und gefoltert zu werden, da jeder Einzelne von ihnen den serbischen Behörden als potentieller "Terrorist" galt.

Nach den Morden von Račak verschlechterte sich die Sicherheitslage für die OSZE-KVM ebenso wie die im gesamten Kosovo. Jugoslawische und serbische Sicherheitskräfte erhöhten ihre Präsenz in der gesamten Provinz und begannen unter heftigem Einsatz von Gewalt Schritt für Schritt die Kontrolle an sich zu reißen. Während des gesamten Zeitraums dokumentierte die OSZE-KVM die Taktiken und Strategien gegenüber den Kosovo-Albanern, darunter die Durchführung von "Winterübungen" der jugoslawischen Armee, bei denen Dörfer mit Artillerie beschossen, Dorfbewohner der Gemeinde Vucitrn im Februar und März 1999 gewaltsam vertrieben und im Februar Militär- und Polizeioperationen in Kacanik durchgeführt wurden. Zur Taktik dieser "Übungen" gehörte es, Häuser von Zivilisten niederzubrennen und zu zerstören, um die UCK aus dem Gebiet zu vertreiben. Anfang März kam es nach der Ermordung zweier Polizisten zu gewaltsamen Übergriffen in einem albanischen

12 Prozessbeobachtungen wurden im Kosovo vom Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (UNHCHR), von Amnesty International, Human Rights Watch, der Kommission für Menschenrechte und Grundfreiheiten und dem Zentrum für Humanitäres Völkerrecht durchgeführt.

Stadtviertel von Priština. Diese Ereignisse zeigen das Muster eines gravierenden menschenrechtsverletzenden Vorgehens gegen die Zivilbevölkerung seitens jugoslawischer und serbischer Kräfte. Derartige Muster von Menschenrechtsverletzungen wiederholten sich in noch weit schlimmerem Ausmaß nach dem Abzug der OSZE-KVM am 20. März 1999.

Die Menschenrechtsmissionen der OSZE von März bis Juni 1999

Nachdem sich die OSZE-KVM aus dem Kosovo zurückgezogen hatte, setzte die Menschenrechtsabteilung ihre Arbeit und die Beobachtung der Menschenrechtsslage im Kosovo fort. Ihre Mitarbeiter sammelten Informationen über die Lage im Kosovo aus erster Hand, von Flüchtlingen, die vor und während ihrer Flucht oder Vertreibung nach Albanien oder in die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien oftmals zu Opfern oder Augenzeugen gravierender Verletzungen der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts geworden waren. Insgesamt wurden von der OSZE-KVM 1.111 Interviews mit Flüchtlingen in Albanien und 1.653 in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien geführt. Das Ausmaß, in dem Menschenrechtsverletzungen während der elf Wochen dauernden NATO-Luftangriffe aufgetreten sind, schlägt einem die Sprache. Schätzungen zufolge wurden über 1,2 Millionen Kosovo-Albaner während des Konflikts vertrieben. Die Zahl der Todesopfer steht noch nicht einmal fest, Ende 1999 wurden noch Tausende vermisst oder waren verschwunden. Im Verlaufe des Jahres 1999 arbeitete die Menschenrechtsabteilung der OSZE-Mission mit dem IStGJ zusammen und half bei der Erfassung von Gräbern. Im November 1999, als die Exhumierungen von Massengräbern für den Winter eingestellt wurden, erklärte die Chefanklägerin des IStGJ, Gerichtsmediziner hätten bis dahin 2.108 Leichen aus Massengräbern im Kosovo geborgen. Insgesamt sei jedoch im Jahre 1999 erst ein Drittel der 529 angegebenen Gräber exhumiert worden. Dem IStGJ sei von 11.334 Toten berichtet worden.¹³ Einige Gräber wurden noch gar nicht gefunden.

Die Kosovo-Albaner waren während des elfwöchigen Krieges extremer und entsetzlicher Gewalt ausgesetzt. Nach den Erkenntnissen der OSZE-KVM fanden unter eindeutiger Verletzung der Gesetze und Gebräuche des Krieges massive Vertreibungen durch jugoslawische und serbische Kräfte statt, die ganz offensichtlich strategisch geplant waren. Die Vertreibungen waren häufig begleitet von der bewussten Zerstörung von Eigentum, von Plünderungen, Erpressung, von Schlägen und Morden. Solche Menschenrechtsverletzungen wurden aus allen Gebieten berichtet, in denen Kosovo-Albaner lebten. Die menschenrechtsverletzenden Attacken konnten eine Gemeinde mit nur kurz-

13 Vgl. United Nations, Remarks to the Security Council by Madame Carla Del Ponte, Prosecutor International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia, New York, 10. November 1999.

fristiger oder ohne jegliche Vorwarnung, sehr schnell und mit großer Heftigkeit treffen. Derartige Erfahrungen wurden mannigfach in ländlichen Gebieten im gesamten Kosovo gemacht und wiederholten sich, wenn Dorfbewohner versuchten, in ihre Häuser zurückzukehren. Anderswo, in den Städten, waren die Gemeinden der Kosovo-Albaner über viele Tage oder Wochen hinweg Angriffen ausgesetzt, bei denen willkürliche Gewalt und Menschenrechtsverletzungen Hand in Hand gingen mit einer Vorgehensweise, die insgesamt höchst organisiert und systematisch zu sein schien. Die Angriffe auf Kosovo-Albaner überall im Land waren offensichtlich auf eine Strategie zurückzuführen und nicht auf einen Zusammenbruch der Kommandostrukturen. Möglichkeiten zur Erpressung von Geld gehörten mit zu den Hauptmotiven jugoslawischer und serbischer Täter, die Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht begingen. Flüchtlinge wurden an Polizei- und Grenzkontrollstationen häufig geschlagen und ihrer Habe, ihres Geldes und ihrer Ausweispapiere beraubt. Tausende von Flüchtlingen wurden Zeuge, wie jugoslawische und serbische Sicherheitskräfte Häuser plünderten und ihre Beute auf Lastwagen verluden. OSZE-Beobachter bestätigten ähnliche Handlungen vor und nach dem Krieg, begangen von denselben Sicherheitskräften. Jugoslawische und serbische Kräfte zerstörten offenbar bevorzugt solche Gebäude, die von kommunaler Bedeutung waren (Krankenhäuser, Druckereien, Cafés, Schulen), sowie religiöse und kulturelle Stätten. Des Weiteren wurden in den ländlichen Gebieten systematisch Brunnen verseucht und Vieh getötet.

Vergewaltigung und andere Formen sexueller Gewalt wurden manchmal als Kriegswaffe eingesetzt. Frauen waren in einer äußerst wehrlosen Lage und in besonderem Maße geschlechtsspezifischer Gewalt ausgesetzt. Es gibt grauenhafte Beweise für Morde an Kindern, mit denen Erwachsene und Gemeinden terrorisiert und abgestraft werden sollten. Prominente, gebildete, reiche und politisch oder sozial engagierte Kosovo-Albaner waren vorrangiges Ziel von Mordanschlägen. Lokale Mitarbeiter der OSZE-KVM und andere mit der Mission in Verbindung stehende Personen wurden schikaniert oder mit Gewalt vertrieben, einige wurden getötet. Zahlreiche Flüchtlinge berichteten, sie seien als menschliche Schilde zum Schutz jugoslawischer und serbischer Truppen vor NATO-Angriffen benutzt worden. Dazu gehörte auch, dass sie dazu gezwungen wurden, Militärtransporte zu begleiten oder bei der Vertreibung von Dorfbewohnern Deckung zu geben.

Die Schlussfolgerungen aus den Erkenntnissen der OSZE-KVM im Bereich der Menschenrechte lauten, dass den Menschenrechtsverletzungen, die von jugoslawischen und serbischen Kräften begangen worden, eine klare Strategie zugrunde lag, dass paramilitärische Verbände und in einigen Fällen auch bewaffnete Zivilisten mit Duldung von und in Absprache mit Militärs und Sicherheitskräften, die ihrerseits im Allgemeinen hochgradig organisiert und systematisch vorgingen, schwere Verbrechen verübten und dass die massiven Menschenrechtsverletzungen, denen die Kosovo-albanische Bevölkerung

nach dem 20. März ausgesetzt war, die Fortsetzung von insofern gut vorbereiteten Handlungen serbischer Kräfte waren, als sie schon vor diesem Tag an zahlreichen Schauplätzen stattgefunden hatten. Auch wenn beide Konfliktparteien Menschenrechtsverletzungen begingen, waren diese in Art und Umfang keineswegs ausgewogen oder vergleichbar - es war in überwältigendem Maße die Kosovo-albanische Bevölkerung, die darunter zu leiden hatte.

Juni bis Dezember 1999

Als im Juni der Krieg beendet war, richtete die OSZE in aller Schnelle ihre Mechanismen zur Beobachtung der Menschenrechte wieder ein und begann erneut, die Ereignisse im Kosovo selbst zu dokumentieren. Innerhalb weniger Wochen kehrten über 800.000 Kosovo-Albaner ins Kosovo zurück, wo viele von ihnen Zerstörung, Arbeitslosigkeit und einen allgemeinen Zustand der Gesetzlosigkeit vorfanden. Es gab weder eine effektive Polizei noch ein funktionierendes Justizwesen. Während des ganzen Jahres 1999 fehlten auf nationaler Ebene Mittel zur Verfolgung mutmaßlicher Menschenrechtsverletzungen. In Verbindung mit der weit verbreiteten Einstellung, dass die im Lande verbliebenen Minderheiten, Kosovo-Serben und insbesondere auch Roma, sich kollektiv der Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen der Vergangenheit schuldig gemacht hatten, trug dies zu einer anhaltend schlechten Lage der Menschenrechte bei.

Die Monate Juni, Juli, August und September 1999 waren im Kosovo geprägt von Racheakten, die in einem Klima der Gesetzlosigkeit und der Straflosigkeit verübt wurden. Kosovo-Serben, Roma, muslimische Slawen und Angehörige anderer Gruppen, die der Kollaboration mit jugoslawischen und serbischen Sicherheitskräften verdächtigt wurden, wurden zur Zielscheibe von Mord und Vertreibung, Schikanen, Einschüchterungen, dem Niederbrennen von Häusern und von Entführungen, was den Exodus dieser Gemeinschaften aus dem Kosovo zur Folge hatte. Vor dem Krieg lebten in Priština und in den umliegenden Dörfern rund 51.000 Serben, Ende 1999 war ihre Zahl auf unter 600 gesunken; die Mehrzahl verließ ihre Heimat nach dem Einrücken der NATO-geführten KFOR-Truppen.¹⁴ Als die OSZE am 20. Juni 1999 in die Region von Gnjilane im Osten des Kosovo zurückkehrte, war nur ein einziges Haus in der Stadt zerstört. Ende Oktober waren 280 Häuser niedergebrannt oder zerstört; 150 davon hatten Kosovo-Serben gehört, 130 von ihnen Roma.¹⁵ Im Süden der Stadt Prizren wurden im selben Zeitraum über 250 Häuser zerstört; sie alle hatten Angehörigen von Minderheiten gehört. Die Zerstörung des von Roma bewohnten Viertels, die rasche Entstehung bewaffneter serbischer Nachbarschafts-"Wachen" und die große Gemeinde vertriebener Kosovo-Albaner machten aus der Stadt Mitrovica ein geteiltes

14 Vgl. As Seen - As Told Part II, a.a.O. (Anm. 1), S. 68.

15 Vgl. ebenda, S. 23.

und nach Volksgruppen getrenntes Pulverfass, in dem gewaltsame Ausschreitungen auf den Straßen an der Tagesordnung sind.

Am 23. Juli wurden in Gračko, einem kleinen Dorf südlich von Priština 14 männliche Kosovo-Serben im Alter zwischen 15 und 60 Jahren auf den Feldern, die sie gerade abgeerntet hatten, erschossen. Das Massaker erschütterte das Kosovo. KFOR-Soldaten erreichten den Tatort nur wenige Augenblicke, nachdem die Schüsse abgegeben worden waren, und fanden 13 dicht beieinander liegende Leichen. Die Gruppe war offensichtlich mit Kopfschüssen hingerichtet worden. Ein weitere Leiche wurde in 150 Metern Entfernung gefunden. Sechs landwirtschaftliche Fahrzeuge, die den Opfern gehört hatten, fand man mit noch laufenden Motoren am Tatort.

Granatangriffe auf Häuser und Eigentum von Kosovo-Serben und Roma waren im Juni, Juli und August 1999 im gesamten Kosovo ebenfalls alltäglich. Tödliche Vorfälle und damit einhergehende Zerstörungen führten häufig zur Flucht einer gesamten Minderheitengemeinde aus dem Gebiet. Neben der Flucht aus dem Kosovo reagierten die Opfer solcher Angriffe und ihre Gemeinde mit Straßenblockaden und Barrikaden. KFOR-Truppen und VN-Personal konnten solche Barrikaden zwar zumeist passieren; jeglichen anderen "Außenstehenden" wurde jedoch die Durchfahrt verweigert oder sie reisten auf eigene Gefahr. In dieser Zeit entstanden rasch Kosovo-serbische Enklaven; in den Städten suchten Roma, Kosovo-Serben und andere Minderheiten Schutz in ihren jeweils eigenen ethnischen Ghettos. Die Festnahmen mutmaßlicher Kriegsverbrecher und das Verschwinden von 15 Kosovo-Serben und sechs Roma aus Orahovac im Zentralkosovo schufen in der gesamten Gemeinde die Atmosphäre eines Belagerungszustands. Die geplante Stationierung russischer KFOR-Truppen erhöhte die Spannungen in dem Gebiet zusätzlich und Kosovo-Albaner errichteten aus Protest eine mehr als 75 Tage andauernde Blockade.¹⁶ Hunderte von Kosovo-Serben, Roma und Angehörigen anderer Minderheiten wurden Berichten zufolge in den drei Monaten nach dem Krieg im Kosovo getötet oder werden vermisst.

Der Wunsch nach Rache ist nur allzu menschlich; der Racheakt selbst aber darf nicht hingenommen werden; er muss zu Protokoll gebracht und untersucht werden. Die Auswirkungen häufiger Diskriminierung und Erniedrigung auf die Kosovo-albanische Bevölkerung in den vergangenen zehn Jahren sind dokumentiert und werden von niemandem bezweifelt. Ebenso wenig ist zu bezweifeln, das die "ethnischen Säuberungen" während des Krieges, von denen praktisch keine Familie verschont blieb, die Kosovo-Albaner zutiefst traumatisiert haben. Vor diesem düsteren Hintergrund der Nachkriegssituation hätten nur ein starkes System der Rechtsdurchsetzung und ein starkes Justizsystem das Klima von Rache und Vergeltung, das wieder nur den

16 Die Kosovo-Albaner in Orahovac sind der Überzeugung, dass russische Söldner während des Krieges bei Angriffen auf die Stadt an der Seite der jugoslawischen und serbischen Sicherheitskräfte gekämpft haben, und lehnten daher jegliche russische Präsenz in der Stadt ab.

Kreislauf der Gewalt in Gang setzt, verhindern können. Das Ausbleiben einer nachdrücklichen internationalen Reaktion auf die Gesetzlosigkeit begünstigte die Welle von Rache und Straflosigkeit, die das Kosovo nach dem Krieg erfasste. Die Anwesenheit internationaler Polizei, Ermittlungs- und Strafvollzugsbeamter sowie internationaler Richter hätten in dieser Zeit sehr zur Wiederherstellung von Rechtsstaatlichkeit beigetragen.

Neben den Kosovo-Serben gehörten insbesondere Roma und muslimische Slawen zu den Opfern von in der zweiten Hälfte des Jahres 1999 von der OSZE-MIK dokumentierten Gewalttaten. Viele Kosovo-Albaner stempelten die Roma zu Kollaborateuren: Sie wurden beschuldigt die "Drecksarbeit" gemacht zu haben, wie z.B. die Beseitigung von Leichen; sie trugen den Makel, mit dem Regime in Belgrad im Bunde zu sein. Mitarbeiter der Menschenrechtsabteilung registrierten die Dezimierung der Roma-Gemeinschaft in weiten Teilen des Kosovo, deren Mitglieder aus Angst um ihr Leben ihre Häuser verlassen haben. Die Gemeinschaft der muslimischen Slawen, die sich weitgehend auf den Westen des Kosovo konzentriert, teilt mit den Kosovo-Albanern zwar den Glauben, unterscheidet sich aber durch ihre Sprache. Im Kosovo Serbokroatisch zu sprechen, heißt sich verdächtig zu machen und kann schon ausreichen, um Gewalt zu provozieren. Andere Nicht-Albaner, die Berichten zufolge zu den Opfern von Menschenrechtsverletzungen zählen, sind Türken und Kroaten. Einer der alarmierendsten Trends, den die Mitarbeiter der Menschenrechtsabteilung dokumentierten, war die Beteiligung Jugendlicher an Menschenrechtsverletzungen. Kleine Kinder, einige erst zehn oder zwölf Jahre alt, bedrängten, schlugen und bedrohten Menschen, zumeist wehrlose ältere Kosovo-Serben, einzig und allein aufgrund ihrer Volkszugehörigkeit. Da ein Jugendstrafsystem fehlt, genießen solche Kinder für ihre Verbrechen *de facto* Straffreiheit.

Ein beunruhigendes Thema, das seit etwa Ende 1999 belegt ist, war die - zuvor nicht gekannte - Intoleranz, die innerhalb der Gemeinschaft der Kosovo-Albaner aufkam. Die Rechte der Kosovo-Albaner auf Vereinigungsfreiheit, freie Meinungsäußerung, Gedanken- und Religionsfreiheit werden von wiederum anderen Kosovo-Albanern in Frage gestellt. Opposition gegen die neue Ordnung, insbesondere gegen die Dominanz der (ehemaligen) UCK in den selbst ernannten Gemeindeverwaltungen, oder auch nur das vermeintlich fehlende Engagement für die Sache der UCK hat Einschüchterungen und Schikanen zur Folge. Ein weiterer Aspekt von Intoleranz der Kosovo-Albaner untereinander war der Versuch, die Rechte der katholischen Albaner auf Ausübung ihrer Religion im Gebiet Peć einzuschränken.

Ethnisch motivierte Gewalt, die in den Monaten Juni, Juli und August steil anzusteigen schien, begann im September und für den Rest des Jahres 1999 abzuflauen. Die zunehmende Präsenz und Stationierung internationaler Polizei und der KFOR-Truppen trugen zu einer sichtbaren Verbesserung der Sicherheitslage bei. Bis Ende September hatten jedoch viele Angehörige von Minderheiten, die nach dem Krieg zunächst noch im Kosovo geblieben wa-

ren, die Provinz verlassen oder waren in Enklaven und Ghettos gezogen. Seit August bearbeitete eine von der UNMIK eingerichtete Notstandsgerichtsbarkeit die Fälle und brachte sie voran. Der Wiederaufbau des Justizwesens im Kosovo ist jedoch noch immer eine der größten Herausforderungen für die internationale Gemeinschaft. Die grundlegenden materiellen Voraussetzungen für den Betrieb eines Gerichtshofes fehlten nach dem Krieg weitgehend, viele Gebäude waren zerstört, Ausstattung und notwendige Utensilien waren knapp. Es ist nur eine unzureichende Anzahl von Richtern und Staatsanwälten geblieben und Minderheiten verweigern aufgrund von Sicherheitsbedenken ihre Beteiligung. Die Bezahlung der Richter und anderer im Justizwesen Beschäftigter wurde von den Betroffenen als viel zu niedrig angesehen, das monatliche Gehalt eines Richters betrug beispielsweise lediglich 300 bis 500 DM. Die Menschenrechtsbeobachter der OSZE-MIK berichteten, dass Kosovo-albanische Richter und Staatsanwälte der Diskriminierung und Befangenheit in Fällen, in die Angehörige ethnischer Minderheiten verwickelt waren, bezichtigt würden. Fragen hinsichtlich der Qualität der rechtlichen Vertretung für ethnische Minderheiten stellten sich regelmäßig. Verwirrung über das anzuwendende Recht behinderte ebenfalls die Aufnahme der Arbeit durch die Notstandsgerichtsbarkeit. Noch Ende 1999 stellte das Fehlen effektiver Mittel auf nationaler Ebene eine systematische Menschenrechtsverletzung dar, die alle im Kosovo betraf.

Andere Menschenrechtsverletzungen wie z.B. die Verwehrung des Zugangs zu öffentlichen Einrichtungen, zur Gesundheitsfürsorge, zu Bildung und Arbeitsplätzen wurden sowohl von Kosovo-Albanern als auch von Kosovo-Serben dazu benutzt, die Integration traditionell gemischter Institutionen zu verhindern. Die Beschränkung des Zugangs zu Bildungseinrichtungen mit all ihren langfristigen Folgen für die Lebenschancen der Betroffenen, schlechte Gesundheitsfürsorge, begrenzte Beschäftigungsmöglichkeiten - das sind die Elemente, die Teile der Bevölkerung in einem Teufelskreis aus Armut gefangen halten und Gemeinden nicht nur ethnisch, sondern auch wirtschaftlich teilen. Sie schaffen die Bedingungen für die anhaltende Verletzung bürgerlicher, politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte.

Am 19. September 1999 löste sich die UCK offiziell auf und wurde entmilitarisiert.¹⁷ Zahlreiche Mitglieder der UCK bewarben sich um eine Stelle im Kosovo-Schutzkorps (*Trupat e Mbrojtes se Kosoves*, TMK). Gemäß UNMIK-Verordnung 8 ist das TMK eine zivile Einheit mit einem Mandat für Katastrophenschutz und kommunale Dienste.¹⁸ Das TMK hat weder irgendwelche Befugnisse zur Rechtsdurchsetzung oder ein Mandat zur Übernahme

17 Vgl. Resolution 1244 des VN-Sicherheitsrats sowie Undertaking of Demilitarisation and Transformation.

18 "Das Kosovo-Schutzkorps wird als ziviles Katastrophenschutzorgan eingerichtet, dessen Aufgaben (a) die Katastrophenhilfe, (b) Rettungseinsätze, (c) die Bereitstellung von Kapazitäten für humanitäre Hilfe in einzelnen Gebieten, (d) Hilfe bei Minenräumarbeiten und (e) die Mitarbeit beim Wiederaufbau von Infrastruktur und Gemeinden sein werden." Regulation No. 1999/8 On the Establishment of the Kosovo Protection Corps, UNMIK/REG/1999/8 vom 20. September 1999, Absatz 1.1 (eigene Übersetzung).

von Verteidigungsaufgaben,¹⁹ noch ist es eine "Armee" oder eine "transformierte UCK". Eines der heikleren Gebiete der Berichterstattung der OSZE-MIK über Menschenrechte betraf das Ausmaß, in dem UCK und TMK an Menschenrechtsverletzungen in der Zeit von Juni bis Dezember 1999 beteiligt waren. Obwohl es sich bei vielen Vorfällen in diesem Zeitraum um voneinander unabhängige einzelne Racheakte handelte, deuteten andere auf ein systematischeres Vorgehen nach einem bestimmten Muster hin und schienen organisiert zu sein. Die Belege weisen z.T. auf eine sorgfältige Auswahl der Opfer und eine dieser zugrunde liegende Vertreibungsabsicht hin. Ein Thema, das regelmäßig in den Berichten auftauchte, war die Präsenz der UCK und deren Kontrolle über die meisten der selbst ernannten Behörden, die nach dem Krieg das Vakuum an Recht und Ordnung ausfüllten. Über 900 angebliche Menschenrechtsverletzungen wurden der OSZE-MIK in der zweiten Hälfte des Jahres 1999 geschildert. Die Berichte enthielten Zeugenaussagen, die eine Beteiligung der UCK sowohl vor als auch nach der Demilitarisierungsfrist vom 19. September bestätigten und von Berichten über eine UCK-"Polizei" bis zur Klage über Einschüchterungsversuche von Seiten selbst ernannter TMK-Mitglieder reichten. Es ist klar, dass die UCK nun angetreten war, das Vakuum von Recht und Ordnung zu füllen; diese "Polizei"-Funktion unterlag jedoch keiner gesetzlichen Kontrolle und war in keiner Weise legitimiert. In Peć und Prizren gibt es z.B. zwingende Belege dafür, dass die UCK "Polizeireviere" betrieb und Menschen zu von ihnen so genannten "Informationsgesprächen" vorlud. Abgesehen davon, dass sie sich damit über ihr eigenes Mandat hinwegsetzte, erweckte ein solches Vorgehen den Eindruck, als habe die UCK bzw. das TMK die Befugnis zur Rechtsdurchsetzung. Das galt vor allem für das Jahr 1999, als UNMIK und die lokale Polizei noch nicht in vollem Umfang einsatzbereit waren. In diesem Zeitraum bestritten die Spitzen der ehemaligen UCK-Führung und jetzigen TMK-Hierarchie öffentlich jegliche Beteiligung ihrer Mitglieder an Gewaltakten.

Diskriminierungen in der Wirtschaft und bei der Beschäftigung von Arbeitskräften gingen 1999 kaum zurück. Personal- und Geldmangel verzögerten den Aufbau der zivilen Verwaltung der UNMIK, die gemäß der Resolution 1244 des VN-Sicherheitsrats vorgesehen war. Bei ihrer Rückkehr ins Kosovo setzten lokale Kosovo-albanische Führungsspitzen, die häufig unter dem Einfluss der UCK standen, "selbst ernannte" Behörden ein, die "Direktoren" von Gesellschaften, öffentlichen Versorgungsbetrieben, Krankenhäusern und Schulen beriefen. Vielerorts standen diese Ernennungen mit Korruption und Vetternwirtschaft in Zusammenhang. Die Angestellten, die unter diesen Direktoren arbeiten, sind häufig sehr unzufrieden, haben in der Regel aber Angst, darüber zu sprechen. Beschäftigungsmöglichkeiten in solchen öffentlichen Einrichtungen gab es für Angehörige von Minderheiten Ende 1999

19 "Das Kosovo-Schutzkorps wird keinerlei Funktion bei der Rechtsdurchsetzung oder der Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung übernehmen." Ebenda, Absatz 1.2.

praktisch nicht. Aufgrund der Ernennungspraktiken sind viele der Kosovo-Serben gar nicht an ihren Arbeitsplatz zurückgekehrt. Ohne Einkommen und ohne die Chance, ihren Lebensunterhalt zu verdienen, wird sich der Auswanderungsdruck, der auf ihnen und ihren Familien lastet, nur noch verstärken. Erst als die zivile Verwaltung der UNMIK Fuß zu fassen begann, konnten die Ernennungen überprüft und einige revidiert werden. Dennoch gab es vielfach Klagen darüber, dass überforderte UNMIK-Verwalter die Entscheidungen der selbst ernannten Behörden in einigen Gemeinden lediglich abnickten.

In den letzten Monaten des Jahres 1999 nahm auch das Problem der organisierten Kriminalität an Umfang zu. Mitarbeiter der Menschenrechtsabteilung der OSZE-MIK verfassten Berichte über Frauenhandel, die Internationale Polizei der VN und KFOR verstärkten ihre Bemühungen im Kampf gegen den Schmuggel, gegen Schutzgelderpressung und die "Gangstermanieren" einiger Gruppen. Das Jahr endete damit, dass KFOR und UNMIK den Rückgang ethnisch motivierter Gewalt und die Zunahme der organisierten Kriminalität meldeten. Es sollte jedoch angemerkt werden, dass organisierte Kriminalität zum Zwecke wirtschaftlicher Bereicherung zwar normalerweise keinen Unterschied zwischen Volksgruppen macht und Kosovo-Albaner gleichermaßen in Gefahr bringt; dennoch ist diese Entwicklung insbesondere für ethnische Minderheiten bedrohlich, da häufig die Wehrlosen zu Opfern von Verbrechen werden, und es besteht kein Zweifel daran, dass ethnische Minderheiten in erhöhtem Maße wehrlos sind.²⁰

Das Jahr 1999 endete mit dem Abschluss eines Abkommens zwischen UNMIK und den drei führenden Kosovo-albanischen Parteien über die gemeinsame Verwaltung des Kosovo. Das Abkommen sah die Einrichtung eines Übergangsverwaltungsrates (*Interim Administration Council, IAC*) unter Kosovo-albanischer und VN-Leitung vor. Der IAC sieht zwar auch einen Vertreter der Kosovo-Serben vor; der Sitz blieb 1999 jedoch aufgrund serbischer Proteste gegen diese Einrichtung leer. Gemäß dem Abkommen sollen außerdem 14 Verwaltungsabteilungen dafür Sorge tragen, dass die öffentliche Verwaltung die politischen Richtlinien, die im IAC formuliert werden, in die Praxis umsetzt. Die Verwaltungsabteilungen werden gemeinsam von einem kosovarischen Direktor und einem UNMIK-Ko-Direktor geleitet. Im Zuge der Bemühungen, die Beteiligung von Minderheiten an der Verwaltung des Kosovo zu fördern, wurde der Kosovo-Übergangsrat (ein beratendes Gremium, das nach dem Krieg eingerichtet worden war) erweitert, um die ethnische Zusammensetzung des Kosovo besser widerzuspiegeln. Außerdem sollten ihm mehr Frauen angehören. Eine wichtige Vorbedingung für die Errichtung der gemeinsamen Verwaltung war die Auflösung aller selbst ernannten Behörden und parallelen Strukturen, insbesondere der "Provisorischen Regierung" Hashim Thaqis und der "Präsidentschaft der Republik Kosovo". Diese Strukturen sollten so weit wie möglich in die gemeinsame Ver-

20 Vgl. UNHCR/OSCE, Third Assessment of the Situation of Ethnic Minorities in Kosovo, Februar 2000, S. 3.

waltung integriert werden. Man hofft, dadurch der illegalen Polizei Herr zu werden und Menschenrechtsverletzungen Einhalt zu gebieten.

Schlussfolgerungen

Schlussfolgerungen hinsichtlich der Menschenrechtslage im Kosovo nach dem Krieg kommen um die Erkenntnis nicht herum, dass Defizite in den von der internationalen Gemeinschaft zur Verfügung gestellten Kapazitäten zur Rechtsdurchsetzung und die unzureichende Hilfestellung bei der Rechtspflege das Klima gefördert haben, in dem die Menschenrechtsverletzungen in der zweiten Hälfte des Jahres 1999 auftraten: Die Straflosigkeit bei Verbrechen resultierte aus dem Versäumnis, ernsthafte Ermittlungen durchzuführen, und diese Straflosigkeit begünstigte umgekehrt die Fortsetzung der Gewalt. Zusätzliche Ressourcen für Untersuchungen müssen gewährleistet sein, dazu gehören Ermittlungsbeamte und Gerichtsmediziner ebenso wie die notwendigen Einrichtungen, damit sie arbeiten können. Der rechtliche und gerichtliche Rahmen muss gestärkt werden, damit sich die Dauer der Untersuchungshaft verkürzt und Gerichtsverhandlungen zügig durchgeführt werden können. Der Einsatz von noch mehr internationaler Polizei und internationalen Rechtsexperten wäre eine große Hilfe dabei, den Teufelskreis der Straflosigkeit zu durchbrechen. Die fortgesetzte Überwachung der Menschenrechte durch die OSZE und andere Organisationen wird dazu beitragen anhaltende Verstöße aufzudecken und kann Anleitung zur Förderung des Menschenrechtsschutzes im Kosovo geben. Indem wir die bis zum heutigen Tage begangenen Menschenrechtsverletzungen aufdecken und die Schuldigen benennen, haben wir eine bessere Ausgangsposition zum Aufbau eines Kosovo, dessen Grundlagen die Prinzipien der Achtung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten sind.